



Der Berliner Bär heißt die ukrainischen Flüchtlinge auf dem Washington-Platz vor dem Hauptbahnhof herzlich willkommen. Der Krieg in der Ukraine sorgt weltweit für Verwerfungen und menschliches Leid. Und er stellt ganz konkret das Land Berlin, die Bezirke und die Berlinerinnen und Berliner vor ungeahnte Herausforderungen. Die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung bei der Unterstützung der Flüchtlinge aus der Ukraine ist enorm. Und sie wird vermutlich auch noch auf lange Sicht nötig bleiben. Auf Seite 2 haben wir eine kleine und nicht vollständige Übersicht an Möglichkeiten zusammengestellt, wo und wie man sich an der Hilfe beteiligen kann.

Kaum glaubte man, die Corona-Pandemie mit all ihren Verwerfungen so halbwegs hinter sich zu haben, zeigt sich, dass Berlin auch die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine zu spüren bekommt. „Die Aufgaben, vor denen Berlin in den kommenden Jahren steht, könnten größer wohl kaum sein“, beschreibt Raed Saleh die gegenwärtige Situation. Dabei mangelt es nicht an ‚normalen‘ Herausforderungen, deren Lösung sich die Regierungskoalition in den Koalitionsvertrag geschrieben hat. Die Schwerpunkte beschreibt Raed Saleh auf **Seite 3**

Mit Baustellen im wahrsten Sinne des Wortes befasst sich Gaby Bischoff. In vielen Berufsfeldern, so auch auf dem Bau, ist Deutschland auf Arbeitnehmer*innen aus anderen EU-Ländern angewiesen. Dabei geht es auf dem europäischen Arbeitsmarkt alles andere als fair zu. Aufgrund nach wie vor bestehender Schlupflöcher können Sozialversicherungsstandards unterlaufen und Mitarbeiter*innen zu Dumpinglöhnen beschäftigt werden. Eine Überarbeitung der EU-Verordnung 883, die diese länderübergreifenden Fragen neu regeln sollte, wurde allerdings Ende 2021 mit knapper Mehrheit der EU-Länder abgelehnt. Die Hintergründe und Einzelheiten beschreibt Gaby Bischoff auf **Seite 4**

Wo wir grad bei Baustellen sind: Erstmals seit 1998 gibt es in der Bundesrepublik wieder ein Bauministerium. Und dies mit durchaus ambitionierter Agenda. Wohngemeinnützigkeit, Baulandmodernisierung, klimagerechter Wohnungsbau sind nur einige Stichwörter, die Cansel Kiziltepe in einer ersten Bilanz zu „100 Tage BMWSB“ aufgreift. **Seite 5**

Das kommunale Vorkaufsrecht wurde durch das Bundesverwaltungsgericht infrage gestellt. Dieses Instrument ist aber im Sinne der Mieter*innen dringend notwendig. Offener Brief der Bezirksstadträte auf **Seite 5**

Ukraine-Flüchtlinge:
Hilfsangebote

Seite 2

Raed Saleh:
Zukunftshauptstadt Berlin

Seite 3

Gaby Bischoff:
EU-Arbeitnehmer*innen

Seite 4

Cansel Kiziltepe:
100 Tage BMWSB

Seite 5

Vorkaufsrecht:
Offener Brief der Stadträte

Seite 5

SERVICE

Nach den Wahlen:

Die BVVen und Bezirksämter im Überblick

Mitte	6
Friedrichshain-Kreuzberg	6
Pankow	7
Charlottenburg-Wilmersdorf	7
Spandau	8
Steglitz-Zehlendorf	8
Tempelhof-Schöneberg	9
Neukölln	9
Treptow-Köpenick	10
Marzahn-Hellersdorf	10
Lichtenberg	11
Reinickendorf	11

Unterstützung für die Ukraine, Unterstützung für die Geflüchteten

Die Hilfsbereitschaft der Berlinerinnen und Berliner ist mindestens so groß wie ihr Entsetzen über den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Und ehrenamtliches Engagement – sei es durch Spenden, sei es durch tatkräftige Hilfe – ist zusätzlich zu den Maßnahmen von Bund, Land und Bezirken dringend gefragt.

Hier eine unvollständige Liste, wie und wo sich helfen lässt.

Die Senatskanzlei hat eine eigene, fortlaufend aktualisierte Website eingerichtet, die über verschiedene Hilfsangebote, Initiativen und Unterstützungsmöglichkeiten informiert. Zu erreichen über www.berlin.de.

Am dringendsten gefragt sind private Unterkünfte. Wer Übernachtungsplätze anbieten kann, sollte dies über die Website www.unterkunft-ukraine.de tun. Idealerweise sollten die Plätze für mindestens zwei Wochen zur Verfügung stehen. Auch die AWO vermittelt Schlafplätze an Geflüchtete. Angebote per Mail an engagement@awo-mitte.de oder telefonisch 0171 / 557 44 22.

Wer etwas spenden möchte, sollte sich z.B. auf den Websites www.awoberlin.de, www.spendenbruecke-ukraine.de oder www.ukraine-hilfe-berlin.de umsehen. Dort finden sich Hinweise zu Geld- und Sachspenden. Unnötig zu erwähnen, dass Geldspenden die universellste und praktikabelste Möglichkeit der Hilfe darstellen. Bei Sachspenden sollte man sich die Listen der dringend benötigten Dinge ansehen – dies natürlich auch abhängig davon, ob die Sachspenden in die Ukraine gehen sollen oder den Flüchtlingen hier vor Ort zur Verfügung gestellt werden. So oder so – Möbel sind in der Regel nicht gefragt.

Der Verein „Moabit hilft“ (www.moabit-hilft.com) versorgt Flüchtlinge am Hauptbahnhof und in diversen Ankunftsstellen und Unterkünften. Sehr dringend gebraucht werden z.B. Einkaufstrolleys, dicke Isomatten, SIM-Karten von Ortel oder Aldi-Talk/Lebara, geladene Powerbanks, Nasenspray, Wasserkocher, medizinische Masken für Kinder, Einkaufsgutscheine für Supermärkte und Bekleidungsgeschäfte (Unterwäsche). Auch Universalgutscheine, sprich Geld, werden genommen.

Helfende Hände werden vielerorts gesucht. Auf den genannten Websites finden sich auch Infos, wie man Arbeitskraft und Zeit in den verschiedensten Tätigkeitsfeldern spenden kann. Über ein ehrenamtliches Engagement hinaus sucht der ASB (www.asb-berlin.de) gegenwärtig Mitarbeiter für das Ankunftscenter im ehemaligen Flughafen Tegel.

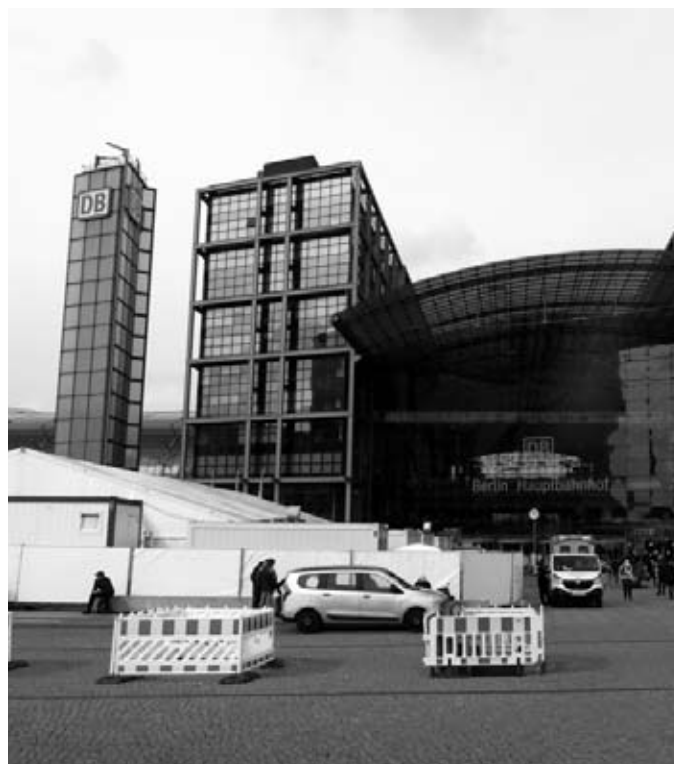
Diese Liste gibt nur einen rudimentären Überblick über Hilfsmöglichkeiten. Die Dinge sind im Fluß und in vielen Ortsteilen bilden sich lokale Initiativen, die ebenfalls auf Spenden und Mitarbeit angewiesen sind. Es gibt allerdings einen Ort, an dem spontane, individuelle Hilfe nicht gefragt ist: Am Hauptbahnhof. Dort ist es schon voll und chaotisch genug.

Die nächste Ausgabe

Heft 108 erscheint Mitte Juni 2022.

Redaktionsschluss ist am 10. Juni 2022.

Redaktionelle Beiträge sind wie immer erwünscht. Bitte termingerecht per e-Mail an info@sgk-berlin.de schicken.



Es gibt geeignetere Orte, um Hilfe und Spenden anzubieten: Der Hauptbahnhof mit dem Ankunftszeit für ukrainische Flüchtlinge.

Impressum

Herausgeber:

Sozialdemokratische Gemeinschaft für
Kommunalpolitik in Berlin e.V. – SGK Berlin –
Müllerstraße 163, 13353 Berlin

Tel 030 / 46 92 – 134, Fax 030 / 46 92 – 116

Vorsitzender: Sascha Schug

Mail an Redaktion und Vorstand: info@sgk-berlin.de

Redaktion:

Sascha Schug (V.i.S.d.P.), Rona Tietje,
Heiko Hanschke, Norbert Przesang

Satz & Layout: Heiko Hanschke

Druck: KSH

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht
unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der
Redaktion wieder.

Bankverbindung der SGK Berlin e.V.:

IBAN DE96 1005 0000 0190 5140 86
bei der Berliner Sparkasse

Die Zukunftshauptstadt Berlin ist unsere Herzenssache!

von Raed Saleh

Unser Koalitionsvertrag für eine soziale, ökologische, vielfältige und wirtschaftsstarke Stadt ist die Richtschnur des Regierungsauftrags der kommenden fünf Jahre. Gemeinsam mit Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke haben wir in Koalitionsverhandlungen die richtigen Antworten auf die drängenden Fragen unserer Zeit gefunden, die wir im Laufe dieser Legislatur entschieden angehen werden.

Die Aufgaben, vor denen Berlin in den kommenden Jahren steht, könnten größer wohl kaum sein. Seit 2020 befinden wir uns inmitten der Corona-Pandemie, deren Auswirkungen sich nicht nur im Gesundheitssektor und gesellschaftlich, sondern auch in der Wirtschaft nachhaltig bemerkbar machen. Die Stärkung der Pflege, aber auch der Wirtschaft wird daher eine entscheidende Rolle im Laufe dieser Legislatur einnehmen.

Aktuelle Herausforderungen

Und während wir aktuell auf das Ende der pandemischen Lage zusteuern, wartet schon die nächste Herausforderung. Seit dem kürzlich erfolgten Angriff Russlands auf die Ukraine gilt ein Satz nicht mehr, der einst lange Bestand hatte: Nie wieder Krieg in Europa.

Das Ausmaß und die Dauer dieses kriegerischen Konflikts lassen sich nur bedingt voraussagen, aber sicher ist, dass auch Berlin die Folgen davon spüren wird. Deshalb haben wir uns umgehend auf humanitäre Hilfen und die Aufnahme von Geflüchteten vorbereitet. Unsere Hauptstadt ist vorbereitet. Wir haben aus 2015 gelernt und prüfen gemeinsam mit den Bezirken, die eine Schlüsselrolle in der Bewältigung dieser Herausforderung einnehmen werden, Unterbringungsmöglichkeiten von Ukrainerinnen und Ukrainern, die ihr Land verlassen mussten.

Es zeigt sich: Auch die Hilfsbereitschaft und Solidarität der Berliner Stadtgesellschaft mit der ukrainischen Bevölkerung ist

immens. Schnell wurden oft ehrenamtlich Spenden organisiert und Friedensdemonstrationen veranstaltet. Wir können stolz sein auf unser Berlin und die Hilfsbereitschaft der Berlinerinnen und Berliner in dieser schwierigen Lage. Gemeinsam werden wir auch diese Herausforderung bestehen und uns auch im Parlament des Berliner Abgeordnetenhauses für schnelle und unbürokratische Lösungen einsetzen.



Raed Saleh

Vorsitzender der SPD-Fraktion
im Abgeordnetenhaus

Unser Koalitionsvertrag für unsere Herzenssache Berlin

Neben den aktuellen Herausforderungen, auf die wir flexibel reagieren müssen, bietet der Koalitionsvertrag eine Perspektive für die kommenden Jahre Berlins.

Bauen, Bildung, beste Wirtschaft, Berlin in Sicherheit und eine bürgernahe Verwaltung – mit diesen fünf Bs sind wir als SPD Berlin in den Wahlkampf zur Abgeordnetenhauswahl gegangen. Nach einem umfassenden Wahlprogrammprozess haben wir viele Vorhaben für unsere Hauptstadt vorgestellt. Mit Erfolg: Die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler hat unser Programm überzeugt. Mit Franziska Giffey an der Spitze hatten wir die richtige Spitzenkandidatin und nun die erste Regierende Bürgermeisterin Berlins.

Bezahlbarer Wohnraum für alle Berlinerinnen und Berliner

Wir wollen eine soziale Stadt für alle Berlinerinnen und Berliner. Deshalb sorgen wir dafür, dass die große soziale Frage des Wohnens bei uns oberste Priorität hat. Mit Andreas Geisel als Stadtentwicklungssenator haben wir es uns zum Ziel gesetzt, den Wohnungsneubau entscheidend voranzutreiben. Bis 2030 wollen wir 200.000 Wohnungen bauen, viele davon sozial gefördert. Wir wollen, dass sich alle Menschen in unserer Stadt eine Wohnung leisten können. Mit dem Neubau auf der einen und dem Schutz der Mieterinnen und Mieter auf der anderen Seite schaffen wir genau das.

Beste Bildung von der Kita bis zur Hochschule

Kostenfreie Bildung für alle Kinder unserer Stadt vom Kindergarten bis zur Hochschule ist ein zentraler Erfolg der SPD Berlin aus der vergangenen Legislatur. Deshalb ist es gut, dass wir diesen Weg nun weiter gehen: Mit Astrid-Sabine Busse als Senatorin für Bildung, Jugend und Familie haben wir eine absolute Expertin aus der Praxis für das Amt gewinnen können. Als ehemalige Schulleiterin kennt sie die Herausforderungen der Bildungslandschaft wie keine zweite. Sie wird die Themen Digitalisierung in Schulen, aber auch die Verbeamtung von Lehrerinnen und Lehrern in Berlin entscheidend voranbringen. Denn: Nur mit gut ausgebildeten Lehrkräften schaffen wir auch eine gute Bildung für alle.

Zurück zu neuer Stärke: Berlins Wirtschaft

Die Folgen der Corona-Pandemie für unsere Wirtschaft waren immens. Vor 2020 hatte Berlin das stärkste Wirtschaftswachstum im Bundesvergleich. Deshalb ist es wichtig, die Branchen, die besonders unter der Pandemie gelitten haben, nun entsprechend zu unterstützen. Mit Stephan Schwarz als Senator für Wirtschaft,

STELLENANGEBOT (Teilzeit)

Ich suche ab März (oder später) eine Person (m/ w/ div), die mich bei meiner **parlamentarischen Arbeit im Abgeordnetenhaus von Berlin im neu eingesetzten Unterausschuss Verwaltung** unterstützt, der die Themen Verwaltungsmodernisierung und -digitalisierung sowie Bezirke und Personal abdeckt.

Wichtig sind mir fundierte Kenntnisse der Berliner Verwaltung (u.a. Stellenpläne, Tarifsysteme, Entgelt), die durch ein Studium und/ oder eine berufliche Tätigkeit erbracht wurden, die Fähigkeit, umfangreiche Texte zu lesen und sie entsprechend der Aufgabe aufzubereiten, gutes Themengespür sowie eine gewisse zeitliche Flexibilität, die den Gepflogenheiten des parlamentarischen Betriebs entspricht. Die Bereitschaft, sich mit einem vorhandenen Kenntnisstand in die Aufgabe einzuarbeiten zu wollen, können ein Kriterium für die Einstellung sein.

Arbeitsort ist das Abgeordnetenhaus oder Homeoffice (sofern möglich und nach Absprache).

Näheres unter
www.franziska-becker.berlin/show/11056703.html

Franziska Becker MdB

Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin, SPD-Fraktion
Vorsitzende des Hauptausschusses

Energie und Betriebe haben wir einen Fachmann aus der Praxis gewinnen können, der jahrelange Erfahrung als Unternehmer mitbringt. Er weiß genau, was Berlins Wirtschaft braucht. Mit unserem Neustartprogramm für die Wirtschaft als entscheidenden Baustein, führen wir die Wirtschaft zurück zu neuer Stärke. Denn: Eine starke Wirtschaft ist die Voraussetzung für gute Arbeit. Diesen sozialdemokratischen Grundsatz gilt es auch in Zukunft aufrecht zu erhalten und mit unserem Koalitionsvertrag schaffen wir genau das.

Sicher für alle und eine bürgernahe Verwaltung

Iris Spranger ist Berlins erste Innensenatorin in der Geschichte unserer Stadt. Sie kümmert sich um die Sicherheit der Berlinerinnen und Berliner, aber auch um eine funktionierende Verwaltung sowie Digitalisierung und Sport. Dabei warten in der kommenden Legislatur große Aufgaben auf sie. Besonders die Sicherheit an kriminalitätsbelasteten Orten steht oben auf der Agenda. So ist im Koalitionsvertrag eine Polizeiwache am Kottbusser Tor vorgesehen. Dieses Vorhaben wird im Rahmen

der ersten 100 Tage im Amt prioritär behandelt. Außerdem gilt dem Ausbau der Digitalisierung für Bürgerdienstleistungen eine besondere Aufmerksamkeit. Zudem sollen alle Bürgerinnen und Bürger in Berlin innerhalb von 14 Tagen einen Termin bei einem Bürgeramt erhalten.

Ein Koalitionsvertrag für alle Berlinerinnen und Berlin: für unsere Zukunftshauptstadt

Doch mit unserem Koalitionsvertrag haben wir die Hausaufgaben gemacht. Jetzt geht es an die Umsetzung. Gepaart mit den sehr guten Inhalten und einer sehr guten Regierungsmannschaft, bestehend aus Expertinnen und Experten, haben wir die Möglichkeit Berlin zu einer Zukunftshauptstadt zu machen, die diesen Namen auch verdient: Eine soziale, ökologische, vielfältige und wirtschaftsstarke Metropole. Dafür sind wir als SPD Berlin angetreten und haben die richtigen Weichen gestellt. Jetzt geht es an die Arbeit.

Der Koalitionsvertrag im Web: spd.berlin/koalitionsvertrag

EU-Arbeitnehmer*innen in Berlin: Systemrelevant, aber unsichtbar

von Gaby Bischoff

Bauen, bauen, bauen! So lautet die Devise, um den akuten Wohnungsmangel in den deutschen Großstädten zu entschärfen. In Berlin sollen bis 2030 mehr als 200.000 neue Wohnungen entstehen. Um dieses Ziel zu erreichen, sind wir auf Arbeitnehmer*innen angewiesen, die aus anderen EU-Ländern für Bauprojekte nach Deutschland entsandt werden. Deutschland allein kann den Bedarf an Arbeitskräften nicht decken.



Gaby Bischoff
Mitglied des Europäischen Parlaments

© Waldemar Salesski

Nicht nur in der Baubranche sind wir auf mobile Beschäftigte aus der EU angewiesen. Wer pflegt die Eltern, die nicht ins Pflegeheim möchten oder sich das finanziell nicht leisten können? Wer erntet den leckeren Spargel aus Beelitz? Wer hat das Fleisch verarbeitet, das im Sommer auf unseren Grills landet? Sicher fallen euch viele Bereiche eures Lebens ein, in denen ihr direkt von der Arbeitskräftemobilität in der EU profitiert.

Leider geht es auf dem europäischen Arbeitsmarkt alles andere als fair zu. Bei uns in Deutschland haben mobile Arbeitnehmer*innen aus anderen EU-Ländern häufig keinen ausreichenden sozialen Schutz. Wenn sie einen Unfall haben, arbeitslos oder krank werden oder in Rente gehen, greift in der Regel ihre Sozialversicherung. Allerdings müssen diese Ansprüche über die Grenzen hinweg gesichert werden, damit sie nicht ohne Sozialschutz dastehen. Bürokratische Schlupflöcher machen es schwarzen Schafen noch immer einfach, die Menschen zu Dumpinglöhnen zu beschäftigen, ohne ausreichende Krankenversicherung oder Altersabsicherung.

Wenn wir beispielsweise einen Blick auf eine Baustelle werfen, wird schnell deutlich, was eine fehlende soziale Absicherung bedeuten kann. Bei Bauarbeiten kann viel passieren: Baugruben, Dächer und Gerüste können einstürzen. Bauarbeiter*innen können von der Leiter fallen oder sich bei der Arbeit mit Strom oder mit schweren

Maschinen verletzen. 2021 wurden allein zwischen Januar und September 77.115 Bauunfälle auf deutschen Baustellen gemeldet, 69 Bauarbeiter*innen sind tödlich verunglückt.

Der Transport ins Krankenhaus, die ärztliche Behandlung, die Lohnfortzahlung während der Krankheit – all das wird durch die Sozialversicherung abgedeckt. Die sogenannte EU-Verordnung 883 stellt sicher, dass die EU-Staaten untereinander klären können, wo ein Beschäftigter sozialversichert ist und damit, welche Kranken- oder Unfallkasse für ihn zuständig ist. Die Verordnung ist 1958 in Kraft getreten und ist der dritte soziale Rechtsakt der Europäischen Union, also die älteste Sozialverordnung überhaupt. Das letzte Update hat die Verordnung im Jahr 2010 bekommen. Seitdem hat sich aber viel verändert auf dem europäischen Arbeitsmarkt und es wird Zeit für Verbesserungen, von denen viele Tausende EU-Bürger*innen profitieren könnten.

Seit Beginn meiner Amtszeit 2019 verhandle ich für das Europäische Parlament über eine Überarbeitung dieser Verordnung. Nach intensiven Gesprächen unter fünf verschiedenen EU-Ratspräsidentenschaften und nach 17 sogenannten Trilog-Verhandlungen, die zwischen den EU-Institutionen stattfinden, haben wir am 16. Dezember 2021 endlich einen Kompromiss mit der slowenischen Ratspräsidentschaft ausgehandelt. Der Rat, der aus 27 Mitgliedsstaaten besteht, wird beim Trilog immer von der amtierenden EU-Präsidentschaft vertreten. Die Freude darüber, dass wir nach so langer Zeit einen Kompromiss gefunden haben, war riesig und ich bin meinem Team unendlich dankbar für die harte Arbeit.

Wenige Tage später kam dann die große Ernüchterung kurz vor Weihnachten: Der Kompromiss wurde von einer knappen Mehrheit von Mitgliedstaaten abgelehnt. Seit über drei Jahren können wir uns auf EU-Ebene nicht auf neue Regeln einigen. Das ist ein besorgniserregendes Signal an die über 14 Millionen Bürger*innen, die auf gute und faire Regeln in Europa angewiesen sind. Auf meinen Kanälen in den sozialen Medien habe ich einige Geschichten von Menschen gesammelt, die sich hinter der Verordnung 883 verbergen. Schaut doch mal vorbei!

Seit Anfang des Jahres steht fest, dass ich als Vize-Präsidentin des S&D-Fraktion im Europäischen Parlament unter anderem für eine faire Mobilität auf dem EU-Arbeitsmarkt zuständig bin. Ich werde also weiter gegen Lohn- und Sozialdumping kämpfen, damit alle Arbeitnehmer*innen in der EU von den gleichen Rechten und guten Arbeitsbedingungen profitieren.

100 Tage BMWSB!

von Cansel Kiziltepe

Es gibt viel zu tun im Themenbereich Wohnen, Bauen und Stadtentwicklung. Und es ist offensichtlich, welchen hohen Stellenwert die neue Bundesregierung diesen Themen einräumt. Erstmals seit 1998 gibt es wieder ein eigenständiges Bundesministerium, in dem diese wichtigen Themen unter einem Dach vorangetrieben werden. Dass wir viel vorhaben, zeigt auch der Blick in den Koalitionsvertrag: Es gilt, 400.000 neue Wohnungen pro Jahr zu bauen, davon 100.000 im sozialen Wohnungsbau.

Für einen bezahlbaren und klimagerechten Wohnungsmarkt ist eine große, aber auch gemeinschaftliche Kraftanstrengung notwendig. Aus diesem Grund wird das BMWSB zeitnah das „Bündnis bezahlbarer Wohnraum“ aufsetzen. Für neuen Schwung auf dem Wohnungsmarkt braucht es zudem passende Förder- und Rahmenbedingungen. Dafür werden wir sorgen: Eine der ersten Amtshandlungen war es, die Bundesmittel für den sozialen Wohnungsbau für 2022 auf den Weg zu bringen. Noch im Dezember 2021 gab es eine Verständigung auf die erste Milliarde Euro für den sozialen Wohnungsbau. Im Laufe der vergangenen Wochen haben wir uns auf eine weitere Milliarde verständigt, damit wir mehr sozialen Wohnraum schaffen können. Und zwar klimagerechten Wohnraum! Wir sind als Land verpflichtet, die Klimaziele zu erreichen. Und wir sind gut beraten, für bezahlbares Wohnen zu sorgen. Unser Ziel ist klar: Wir möchten, dass die Bundesmittel perspektivisch steigen.

Um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, brauchen wir aber noch mehr. Hier nur ein paar Anstriche zu aktuellen Vorhaben, die das BMWSB gerade anschiebt: Wir wollen durch die Einführung einer „neuen Wohngemeinnützigkeit“ mehr Wohnungen schaffen, die eine dauerhafte Sozialbindung haben. Für den frei finanzierten Mietwohnungsneubau setzen wir perspektivisch weitere Investitionsanreize mit einer Anhebung der linearen Abschreibung. Um mehr bezahlbare Wohnungen bauen zu können, brauchen wir zudem mehr Bauland. Auch hierfür schaffen wir den passenden Rahmen: Der Bund zielt mit den Regelungen im Baulandmobilisierungsgesetz, das seit Sommer letzten Jahres in Kraft ist, darauf ab, die Handlungsmöglichkeiten der Gemeinden zu stärken. Im Koalitionsvertrag haben wir uns u.a. vorgenommen, die entsprechenden gesetzlichen Regelungen zu entfristen.

Ein sehr wichtiges Instrument ist hier auch das kommunale Flächenmonitoring, um Potenziale für Nachverdichtung sichtbar zu machen. Die Umnutzung von Gebäuden bietet ebenfalls Möglichkeiten mehr Wohnraum zu schaffen.



Cansel Kiziltepe
Mitglied des Deutschen Bundestages

© Deutscher Bundestag / Inga Haar

Kommunen benötigen zudem wieder Rechtssicherheit beim Vorkaufsrecht. Wie relevant das Thema ist, zeigen zahlreiche Initiativen von Kommunalpolitikerinnen und -politikern. Das BMWSB arbeitet als Antwort auf das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes mit Hochdruck an einer guten und rechtssicheren Lösung – losgelöst von einer größeren BauGB-Novelle. Unser Ziel ist es, den Kommunen hier funktionierende Instrumente zu geben, um Verdrängung zu verhindern, die den sozialen Frieden gefährdet.

Abschließend noch ein Thema, das in aller Munde ist: die steigenden Energiepreise. Hier muss Entlastung her. Bereits zu Beginn dieses Jahres haben wir mit der Dynamisierung des Wohngeldes ein wichtiges Zeichen gesetzt. Das BMWSB hat zudem als eines der ersten Vorhaben der Koalition Anfang Februar einen einmaligen Heizkostenzuschuss auf den Weg gebracht. Mit diesem unterstützen wir 2,1 Millionen Bürgerinnen und Bürger, für die die Kostensteigerungen eine große Belastung bedeuten. Unser Ziel ist, dass das Gesetz bereits im Sommer in Kraft tritt, möglichst noch bevor die Nebenkostenabrechnungen in der Post liegen. Um das zu schaffen, haben wir eine unbürokratische Lösung auf den Tisch gelegt.

Vorkaufsrecht: Offener Brief der Bezirksstadträte

*In einem Offenen Brief an die baupolitischen Sprecher*innen der Regierungsfractionen im Bundestag sowie an Bundesbauministerin Klara Geywitz und Senator Andreas Geisel fordern die Bezirksstadträt*innen für Stadtentwicklung aus 11 Berliner Bezirken eine schnellstmögliche bundesgesetzliche Regelung zur Reaktivierung des Vorkaufsrechts. Der Offene Brief vom 10. Februar 2022 im Wortlaut:*

Vorkaufsrecht in Sozialen Erhaltungsgebieten – Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 8. 11.2021

Sehr geehrte

als für Stadtentwicklung zuständige Stadträtinnen und Stadträte der Bezirke von Berlin möchten wir an Sie appellieren, durch eine gesetzliche Klarstellung im § 26 BauGB dafür zu sorgen, dass die Ausübung des Vorkaufsrechts in Gebieten mit Sozialer Erhaltungssatzung (in Berlin Verordnung) auch weiterhin rechtssicher auf das Ziel gerichtet werden kann, die Erhaltung der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung **auch für die Zukunft** nachhaltig zu sichern.

Die Berliner Bezirke konnten seit 2017 mit Hilfe des Berliner Senats, den städtischen Wohnungsbaugesellschaften und Genos-

schaften insgesamt 96 Häuser mit 2.674 Wohnungen über das Vorkaufsrecht erwerben. Gleichzeitig konnten über 384 Abwendungsvereinbarungen mit geschätzt 10.700 Wohnungen erhaltungsrechtlich gesichert werden.

Angesichts des anhaltenden Drucks des freien Marktes, Wohnhäuser insbesondere in Lagen mit sozial schwächerer Bevölkerungsstruktur – und somit in den ausgewiesenen Milieuschutzgebieten – zu erwerben und renditeorientiert zu verwerten, halten wir die Reaktivierung dieses Instruments für geboten.

Außerdem möchten wir darauf hinweisen, dass der Handel mit Wohnhäusern in unverminderter Geschwindigkeit fortschreitet, insofern sollte hier ein schnellstmögliches Gesetzgebungsverfahren gefunden werden.

In Erwartung einer rechtsetzenden Initiative und baldiger Antwort verbleiben wir mit freundlichen Grüßen

*(unterzeichnet von den Berliner Bezirksstadträt*innen für Stadtentwicklung mit Ausnahme des Spandauer Bezirksstadtrates (CDU))*

Nach den Wahlen:
Die Berliner BVVen und Bezirksämter im Überblick

Stand am 24. März 2022

Mitte

BVV

	Sitze	Wahl %	+/- %
SPD	12	18,5	- 5,3
Grüne	18	28,5	+ 4,6
CDU	8	12,8	- 0,7
Linke	10	16,8	- 1,1
AfD	3	4,8	- 5,1
FDP	4	6,7	+ 0,6

SPD-Fraktion

Susanne Fischer, Dorothea Riedel
 Fraktionsvorsitzende (Doppelspitze)

Anab Awale, Andreas Hauptenbuchner,
 Guido Rohmann
 stv. Fraktionsvorsitzende

Bezirksamt

Zählgemeinschaft aus Grüne und SPD

Stefan von Dassel (Grüne)
 Bezirksbürgermeister,
 Personal und Finanzen, Wirtschaft,
 SPK und alle Beauftragte

Ephraim Gothe (SPD)
 stv. Bezirksbürgermeister,
 Stadtentwicklung und FM

Stefanie Remlinger (Grüne)
 Schule, Sport, Weiterbildung und Kultur

Carsten Spallek (CDU)
 Stadtrat für Soziales und Bürgerdienste

Dr. Almut Neumann (Grüne)
 Ordnung, Umwelt, Natur, Straßen und Grünflächen

Christoph Keller (Die Linke)
 Gesundheit und Jugend, QPK

Friedrichshain-Kreuzberg

BVV

	Sitze	Wahl %	+/- %
SPD	9	14,8	- 2,5
Grüne	22	34,6	+ 1,9
CDU	5	7,8	+ 0,1
Linke	13	21,8	+ 0,8
AfD	1	3,1	- 3,1
FDP	3	4,7	+ 1,5
Die Partei	2	3,7	- 0,9

SPD-Fraktion

Sebastian Forck
 Fraktionsvorsitzender

Frank Vollmert
 stv. Fraktionsvorsitzender

Bezirksamt

Zählgemeinschaft aus Grüne und SPD

Clara Herrmann (Grüne)
 Bezirksbürgermeisterin,
 Finanzen, Personal, Wirtschaft, Kultur und Diversity

Oliver Nöll (Die Linke)
 stv. Bezirksbürgermeister,
 Arbeit, Bürgerdienste und Soziales

Annika Gerold (Grüne)
 Verkehr, Grünflächen, Ordnung und Umwelt

Andy Hehmke (SPD)
 Schule, Sport und FM

Florian Schmidt (Grüne)
 Bauen, Planen und Stadtentwicklung

Regine Sommer-Wetter
 Jugend, Familie und Gesundheit

Pankow

Charlottenburg-Wilmersdorf

BVV

	Sitze	Wahl %	+/- %
SPD	11	17,1	- 3,0
Grüne	16	24,7	+ 4,1
CDU	8	12,3	- 0,4
Linke	12	19,4	- 1,6
AfD	5	7,8	- 5,5
FDP	3	5,8	+ 1,9

SPD-Fraktion

Roland Schröder
Fraktionsvorsitzender

Thomas Bohla, Birgit Mickley, Katja Ahrens
stv. Fraktionsvorsitzende

Bezirksamt

Keine feste Zählgemeinschaft, Vereinbarung von SPD mit der CDU, als auch mit den Linken

Sören Benn (Die Linke)
Bezirksbürgermeister,
Finanzen, Personal, Wirtschaft, FM

Dr. Cordelia Koch (Grüne)
stv. Bezirksbürgermeisterin,
Soziales und Gesundheit

Rona Tietje (SPD)
Stadtentwicklung und Bürgerdienste

Manuela Anders-Granitzki (CDU)
Ordnung, Straßen, Grünflächen und Umwelt

Cornelius Bechtler (Grüne)
Jugend und Familie

Dominique Krössin (Die Linke)
Schule, Sport, Weiterbildung und Kultur

BVV

	Sitze	Wahl %	+/- %
SPD	14	22,0	- 3,1
Grüne	15	24,7	+ 4,9
CDU	13	21,9	+ 0,3
Linke	4	7,5	- 0,3
AfD	3	4,7	- 5,0
FDP	6	9,8	- 0,5

SPD-Fraktion

Alexander Sempf
Fraktionsvorsitzender

Dr. Ann-Kathrin Biewener, Dr. Claudia Buß
stv. Fraktionsvorsitzende

Bezirksamt

Zählgemeinschaft aus Grüne und SPD

Kirstin Bauch (Grüne)
Bezirksbürgermeisterin,
Finanzen, Personal und Wirtschaft

Heike Schmitt-Schmelz (SPD)
stv. Bezirksbürgermeisterin,
Bildung, Kultur, Sport und FM

Oliver Schruoffeneger (Grüne)
Ordnung, Umwelt, Straßen und Grünflächen

Fabian Schmitz-Grethlein (SPD)
Stadtentwicklung

Arne Herz (CDU)
Soziales und Bürgerdienste

Detlef Wagner (CDU)
Jugend und Gesundheit

LESEZEICHEN

Peter Ottenberg, Dr. Robert Wolf

**Bezirksverwaltungsrecht
Praxiskommentar für Kommunalpolitik und Verwaltung**

Es ist das Standardwerk zum Berliner Bezirksverwaltungsrecht. Es erschien erstmals 2006 und wird seither beständig gepflegt und aktualisiert, inzwischen in der 19. Auflage vom Januar 2022.

Seit 2020 wird der Kommentar – ursprünglich von Peter Ottenberg, dem langjährigen Leiter des Büros der BVV Charlottenburg-Wilmersdorf aus der Taufe gehoben – von den kommunalpolitischen Bildungswerken der im Abgeordnetenhaus vertretenen demokratischen Parteien (so auch vom August-Bebel-Institut) herausgegeben und steht in vollem Umfang kostenlos online zur Verfügung. Ganz sicher ein Lesezeichen wert:

<https://bezirksverwaltungsrecht.berlin>



Spandau

BVV

	Sitze	Wahl %	+/- %
SPD	17	27,7	- 5,5
Grüne	7	11,9	+ 4,3
CDU	16	27,2	+ 1,5
Linke	3	5,4	- 0,2
AfD	6	10,2	- 5,8
FDP	4	7,5	+ 1,1
Tierschutzpartei	2	4,5	+ 4,5

Nach der Wahl kam es zu zwei Verschiebungen in der Sitzverteilung:

Der Verordnete Jochen Anders verließ die SPD-Fraktion und schloss sich der Tierschutzpartei an.

Die Verordnete Elmas Wiczorek-Hahn verließ die Grünen-Fraktion und ist fraktionsloses Mitglied der BVV.

SPD-Fraktion

Hannah Erez-Hübner, Uwe Ziesak
Fraktionsvorsitzende (Doppelspitze)

Lukas Schulz
stv. Fraktionsvorsitzender

Bezirksamt

Zählgemeinschaft aus
SPD, Grüne, Linke, Tierschutzpartei

Dr. Carola Brückner (SPD)
Bezirksbürgermeisterin,
Personal, Finanzen, FM, Wirtschaftsförderung

Frank Bewig (CDU)
stv. Bezirksbürgermeister,
Bildung, Kultur, Sport

N.N. (kommissarisch Gregor Kempert)
Ordnungsamt

Thorsten Schatz (CDU)
Bauen, Planen, Umwelt- und Naturschutz

Gregor Kempert (SPD)
Soziales, Bürgerdienste

Oliver Gellert (Grüne)
Jugend, Gesundheit

Steglitz-Zehlendorf

BVV

	Sitze	Wahl %	+/- %
SPD	13	21,7	- 0,8
Grüne	14	22,4	+ 2,7
CDU	17	27,2	- 1,2
Linke	3	5,0	- 1,0
AfD	3	5,1	- 5,4
FDP	5	9,5	- 0,4

SPD-Fraktion

Olemia Flores Ramirez, Volker Semler
Fraktionsvorsitzende (Doppelspitze)

Carolyn Macmillan, Ellinor Trenzcek
stv. Fraktionsvorsitzende

Bezirksamt

Zählgemeinschaft aus SPD, Grüne, FDP

Maren Schellenberg (Grüne)
Bezirksbürgermeisterin,
Personal, Finanzen, FM, Wirtschaftsförderung

Cerstin Richter-Kotowski (CDU)
stv. Bezirksbürgermeisterin,
Bildung, Kultur, Sport

Urban Aykal (Grüne)
Ordnungsamt, Umwelt- und Naturschutz,
Straßen und Grünflächen

Michael Karnetzki (SPD)
Stadtentwicklung

Tim Richter (CDU)
Bürgerdienste und Soziales

Carolina Böhm (SPD)
Jugend und Gesundheit

Tempelhof-Schöneberg

BVV

	Sitze	Wahl %	+/- %
SPD	15	23,5	- 1,2
Grüne	15	23,6	+ 1,7
CDU	13	20,8	- 0,3
Linke	5	8,8	+ 0,1
AfD	3	5,8	- 5,3
FDP	4	7,0	+0,3

SPD-Fraktion

Marijke Höppner
Fraktionsvorsitzende

Oliver Fey, Janis Hantke,
Kubilay Yalcin, Jürgen Swobodzinski
stv. Fraktionsvorsitzende

Bezirksamt

Zählgemeinschaft aus Grüne und SPD

Jörn Oltmann (Grüne)
Bezirksbürgermeister,
Finanzen, Personal und Wirtschaft

Angelika Schöttler (SPD)
stv. Bezirksbürgermeisterin,
Stadtentwicklung und FM

Tobias Dollase (parteilos für CDU)
Schule, Sport, Bildung und Kultur

Saskia Ellenbeck (Grüne)
Ordnung, Straßen, Grünflächen,
Umwelt und Naturschutz

Oliver Schworck (SPD)
Jugend und Gesundheit

Matthias Steuckardt (CDU)
Soziales und Bürgerdienste

Neukölln

BVV

	Sitze	Wahl %	+/- %
SPD	18	28,7	- 1,7
Grüne	11	17,6	+ 2,7
CDU	10	16,9	+ 0,6
Linke	9	15,0	+ 2,8
AfD	4	7,1	- 5,7
FDP	3	4,9	+0,6

SPD-Fraktion

Cordula Klein
Fraktionsvorsitzende

Max von Cheltowski, Thomas Blesing,
Nilgün Hascelik, Peter Scharmberg,
Marko Preuss, Marina Reichenbach
stv. Fraktionsvorsitzende

Bezirksamt

Zählgemeinschaft aus SPD und Grüne

Martin Hikel (SPD)
Bezirksbürgermeister,
Finanzen, Personal, Bürgeramt, FM

Jochen Biedermann (Grüne)
stv. Bezirksbürgermeister,
Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr

Falko Liecke (CDU)
Soziales

Sarah Nagel (Die Linke)
Ordnung

Karin Korte (SPD)
Schule, Bildung und Kultur

Mirjam Blumenthal (SPD)
Jugend und Gesundheit

VERANSTALTUNG

Online-Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung Bayern am 29. März

Was bleibt. 100 Jahre Egon Bahr

Im März 2022 jährt sich der Geburtstag Egon Bahrs zum 100. Mal.

Was ist von seinem Motto des Wandels durch Annäherung geblieben?

Wie können die belasteten Beziehungen zu unseren östlichen Nachbarstaaten heute gestaltet werden?

Eine Online-Diskussion (auf „Zoom“) u.a. mit Prof. Dr. Peter Brandt (FernUniversität in Hagen).

Di, 29.3.2022, 19-21 Uhr, Teilnahme unentgeltlich. Info & Anmeldung: www.fes.de



Treptow-Köpenick

BVV

	Sitze	Wahl %	+/- %
SPD	16	25,2	+ 0,4
Grüne	8	13,7	+ 4,3
CDU	8	13,2	+ 0,7
Linke	11	17,7	- 5,0
AfD	7	11,9	- 8,2
FDP	3	6,1	+ 2,5

SPD-Fraktion

Irina Vogt, Paul Bahlmann
Fraktionsvorsitzende (Doppelspitze)

Hilke Meyer, Grit Rohde, Manuel Tyx
stv. Fraktionsvorsitzende

Bezirksamt

Zählgemeinschaft aus SPD, CDU und Grüne

Oliver Igel (SPD)
Bezirksbürgermeister,
Bürgerdienste, Personal, Finanzen,
Immobilien und Wirtschaft

Carolin Weingart (Die Linke)
stv. Bezirksbürgermeisterin,
Soziales

Dr. Claudia Leistner (Grüne)
Stadtentwicklung, Straßen, Grünflächen und Umwelt

Alexander Freier-Winterwerb (SPD)
Jugend und Gesundheit

Marco Brauchmann (CDU)
Weiterbildung, Schule, Kultur und Sport

Bernd Geschanowski (AfD)
Ordnung

Marzahn-Hellersdorf

BVV

	Sitze	Wahl %	+/- %
SPD	12	20,3	+ 2,0
Grüne	4	6,9	+ 2,3
CDU	12	20,8	+ 3,5
Linke	11	19,9	- 6,1
AfD	10	16,9	- 6,3
FDP	3	5,3	+ 2,8
Tierschutzpartei	3	5,0	+ 5,0

SPD-Fraktion

Günther Krug
Fraktionsvorsitzender

Marion Hoffmann, Liane Ollech, Christian Linke
stv. Fraktionsvorsitzende

Bezirksamt

Zählgemeinschaft aus
SPD, Die Linke, Grüne, FDP und Tierschutzpartei

Gordon Lemm (SPD)
Bezirksbürgermeister,
Bürgerdienste, Personal, Wirtschaft,
Finanzen und SPK

Nadja Zivkovic (CDU)
stv. Bezirksbürgermeisterin,
Soziales

Dr. Torsten Kühne (CDU)
Schule, Sport, Weiterbildung, Kultur und FM

Juliane Witt (Die Linke)
Stadtentwicklung, Umwelt, Naturschutz,
Straßen und Grünflächen

Nicole Bienge (SPD)
Jugend und Gesundheit

N.N.
Ordnung

Lichtenberg

BVV

	Sitze	Wahl %	+/- %
SPD	12	19,6	- 2,0
Grüne	8	13,0	+ 4,8
CDU	8	13,1	+ 0,5
Linke	15	24,8	- 5,0
AfD	7	12,0	- 7,2
FDP	3	5,5	+ 2,5
Tierschutzpartei	2	4,5	+ 4,5

SPD-Fraktion

Kevin Einenkel
Fraktionsvorsitzender

Jutta Feige, Sandy Kliemann, Henning Wolff
stv. Fraktionsvorsitzende

Bezirksamt

Keine feste Zählgemeinschaft,
Bürgermeisterwahl durch Linke, SPD und CDU

Michael Grunst (Die Linke)
Bezirksbürgermeister,
Personal, Finanzen, Wirtschaft und Kultur

Kevin Hönicke (SPD)
stv. Bezirksbürgermeister,
Stadtentwicklung, Bürgerdienste und Arbeit

Martin Schaefer (CDU)
Ordnung, Umwelt und Verkehr

Filiz Keküllüoglu (Grüne)
Schule, Sport und FM

Camilla Schuler (Die Linke)
Familie, Jugend und Gesundheit

N.N.
Stadtrat/rätin

Reinickendorf

BVV

	Sitze	Wahl %	+/- %
SPD	15	23,8	+ 2,4
Grüne	9	14,3	+ 3,9
CDU	18	29,0	- 6,6
Linke	3	5,2	- 0,2
AfD	6	9,5	- 4,9
FDP	4	7,3	+0,7

SPD-Fraktion

Marco Käber
Fraktionsvorsitzender

Nicole Borkenhagen, Björn Hawlitschka,
Karin Hiller-Ewers, Stefan Valentin
stv. Fraktionsvorsitzende

Bezirksamt

Zählgemeinschaft aus SPD, Grüne und FDP

Uwe Brockhausen (SPD)
Bezirksbürgermeister,
Finanzen, Personal und Kultur

Emine Demirbüken-Wegner (CDU)
stv. Bezirksbürgermeisterin,
Soziales und Bürgerdienste

Korinna Stephan (Grüne)
Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr

Harald Muschner (CDU)
Schule, Sport und FM

Alexander Ewers (SPD)
Jugend, Familie und Gesundheit

Julia Schrod-Thiel (CDU)
Ordnung

Beitrittserklärung

zur Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik in Berlin e.V.

Hiermit erkläre ich mit Wirkung zum _____ meinen Beitritt zur SGK Berlin e.V.

Name, Vorname _____

Straße, Hausnr. _____

PLZ, Ort _____ Bezirk _____

Tel. privat _____ Mobil-Tel. _____

Tel. dienstlich _____ Fax _____

E-Mail-Adresse _____

Geburtsdatum _____ Beruf, beschäftigt bei _____

Ich bin Mitglied

- der BVV
- Bürgerdeputierte/r
- des Bezirksamtes

im Bezirk _____

- des Abgeordnetenhauses Berlin
- des Deutschen Bundestages

Die Speicherung und Verarbeitung der Daten erfolgt ausschließlich für die Zwecke der Mitgliederverwaltung (Art.6 Abs.1 DSGVO).
Dazu erkläre ich mit meinem Beitritt meine Zustimmung.

Berlin, den _____ Unterschrift _____

Einwilligungserklärung

Ich bin damit einverstanden, dass die SGK Berlin die hier gemachten Adressangaben verwendet, um mit mir in Kontakt zu treten und mich über die Arbeit der SGK Berlin zu informieren. Diese Einwilligung kann ich jederzeit widerrufen.

Berlin, den _____ Unterschrift _____

Einzugsermächtigung / SEPA-Lastschriftmandat

Ich ermächtige die SGK Berlin e.V. (Gläubiger-ID-Nr. DE81ZZZ00001076181), Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der SGK Berlin e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Meine Mandatsreferenz teilt mir die SGK Berlin separat mit. Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Mein monatlicher Mitgliedsbeitrag in Höhe von

- 2,00 Euro (Erwerbslose, Azubis, Studenten) 4,50 Euro (Regelbeitrag) 9,00 Euro (Abgeordnete, Bezirksamtsmitglieder)

wird halbjährlich zur Mitte des Halbjahres per Lastschrift eingezogen. Enthalten ist der Mitgliedsbeitrag an die Bundes-SGK.

Kontoinhaber (Name, Vorname) _____

IBAN _____ bei Kreditinstitut _____ Zahlung ab (Monat / Jahr) _____

Berlin, den _____ Unterschrift _____

Per Post an: SGK Berlin e.V., Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Per Fax an: 030 / 46 92 - 116

Per E-Mail an: info@sgk-berlin.de